

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 98 86 846 pbbn d

## Inhalt

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, fordert, daß mit dem Herumrangieren in der Bilanz- und Sozialpolitik Schluß gemacht werden muß: Stetigkeit ist erforderlich. Seite 1

Harald B. Schäfer MdB erwartet, daß die CDU/CSU zum Wahlkampfthema "Extremisten im öffentlichen Dienst" zurückkehrt: Nicht entschuldbare Polemik. Seite 4

Hans Büchler MdB befürchtet, daß die innerdeutschen Beziehungen gefährdet sind: Barzels Kontinuität. Seite 6

Klaus Daubertshäuser MdB stellt fest, daß die Tolerierung der Gurtmuffel die Allgemeinheit schädigt: Dollinger verletzt Amtseid. Seite 7

Peter Struck MdB erwartet neue Angriffe auf die Finanzhoheit der Gemeinden: Fortsetzung der Gemeinde-reform wohin? Seite 8

38. Jahrgang / 12

18. Januar 1983

### Stetigkeit ist erforderlich

Mit dem Herumrangieren in der Finanz- und Sozialpolitik muß Schluß sein

Von Helmut Rohde MdB  
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Die gegenwärtige Bundesregierung gefährdet die Stetigkeit und die Verlässlichkeit der sozialen Sicherung. Ihre Eingriffe, ihre Erklärungen und ihre künftigen Absichten sind gegen den Auftrag des Sozialstaates zum sozialen Ausgleich gerichtet. Sie hat einen Weg eingeschlagen, der von sozialer Ungerechtigkeit gekennzeichnet ist. Er hat einseitige Belastungen der breiten Schichten zur Folge und trifft vor allem die unteren Einkommen. Wer so gegen sozialen Ausgleich, gegen Gerechtigkeit in der Einkommens- und Steuerpolitik verstößt, der verschärft Krisen und soziale Konflikte.

Die Regierung hat nicht allein aus finanziellen Gründen und auch nicht nur aus Sparmotiven breite Schichten belastet. Daß insbesondere Arbeiterkinder auch die finanzielle Förderung berufsbezogener Bildungswege entzogen worden ist und daß aus dem sozialen Ausgleich zwischen Mietern und Vermietern nunmehr eine einseitige und ständig ansteigende Mieterbelastung geworden ist, hat gesellschaftspolitische Gründe. Interessentenegoismus und eine überwunden geglaubte Aufspaltung der Gesellschaft werden neu belebt.

Die Gesamtheit der Eingriffe - bei Mieten und Ausbildungsförderung, bei Kürzung sozialer Leistungen, Erhöhung von Beiträgen und Abgaben, gleichzeitigem Druck auf die Arbeitseinkommen - bündelt sich für immer mehr Familien zum sozialen Abstieg. Es ist die Summe der Regierungsaktionen, ihre Einseitigkeit und Zielrichtung, die sich heute wie Mehltau auf die Lebensverhältnisse der arbeitenden Schichten legt.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Künftigen Klassen  
mit wertvollen  
Regelung-Papier



Die Sozial- und Finanzpolitik der Regierung trifft nicht nur den Einzelnen. Ein solcher Aderlaß der Massennachfrage wurde gleichzeitig zum sozial-ökonomischen Krisenfaktor. Das Statistische Bundesamt registriert einen Tiefstand der wirtschaftlichen Entwicklung. Nicht aktive Staatspolitik, sondern wirtschaftliche Auszehrung mit hoher Arbeitslosigkeit und Krisen ganzer Branchen, Betriebe und Dienstleistungen beeinflussen die Richtung. Der Verzicht der Regierung auf eine ausgewogene Einkommens- und Nachfragepolitik wird 1983 zum Hauptkrisentreiber.

Wer heute aus dem Regierungs-, Institute- und Verbandslager wiederum einen kurz bevorstehenden "konjunkturellen Aufstieg" prognostiziert, der argumentiert gegen besseres Wissen. Wer dauernd meint, es gebe keinen politischen Handlungsbedarf, wer aktive Beschäftigungspolitik verdächtigt, wer verschweigt, wie die 1983 wachsende Arbeitslosigkeit vor allem die Systeme sozialer Sicherung in Bedrängnis bringt, der macht vielleicht taktische Flausen für den 6. März, aber nicht Sozialpolitik für die Zukunft.

Die Art und Weise, wie die Bundesregierung in die Finanzgrundlagen der Sozialversicherung eingegriffen hat, bedroht deren einzelne Zweige immer mehr mit Defiziten und Illiquidität. Die Vertreter der Regierungsparteien sagen, Sozialpolitik solle künftig auf "Hilfsbedürftige" konzentriert werden. Heißt das, daß anstelle eines umfassenden sozialen Ausgleichs zwischen den Generationen, zwischen Arbeitenden und Rentnern, zwischen Kranken und Gesunden, wieder individueller Abstieg und Armut zur Kompaßzahl werden sollen? Soll anstelle des sozialstaatlichen Ausgleichs künftig wieder bevormundende und kontrollierende Fürsorge treten? Soll das die Voraussetzung konservativer Sozialpolitik und sozialer Leistungen werden?

Schon jetzt wächst Monat für Monat die Zahl der Menschen, bei denen die veränderten Leistungen aus der Sozialversicherung oder aus anderen staatlichen Förderungssystemen nicht mehr ausreichen und die deshalb auf die Sozialhilfe, mit deren inzwischen abgesenkten Sätzen, verwiesen werden. So wird die Subsidiaritätslehre zu einer neuen Armuts-Philosophie. Eine solche Umschichtung und Umleitung aus den Bereichen der Sozialversicherung und der sonstigen staatlichen Förderung in die gesenkten Sätze der Sozialhilfe ist ein tiefer Einschnitt in die Entwicklung der Sozialpolitik. Konservative neigen seit jeher dazu, so vorzugehen. Statt Armut zu bekämpfen, wird diese immer mehr zur Erkennungsmarke konservativer Regierungspolitik. Auch die Liberalen fallen hinter ihre Freiburger Thesen zurück. Daß die allgemeine soziale Sicherung auszehrt und die davon ganz oder teilweise Betroffenen auf betreuende Sozialhilfe und kontrollierte individuelle Hilfsbedürftigkeit verwiesen werden, ist einer der folgenreichsten sozialpolitischen Eingriffe der 80er Jahre.

Die Sozialversicherung finanziell zu stabilisieren, den Abstieg der Massennachfrage zu bremsen und die Umschichtung von sozialer Sicherung und sozialem Ausgleich zu bevormundender Fürsorge und Armut zu stoppen, sind drängende politische Ziele. Sie werden von uns in der neuen Legislaturperiode in den Vordergrund gestellt. Sie werden zum Prüfstand der Sozialstaatlichkeit. Vorsagt die Politik in diesen drei Zielen, dann droht der Bundesrepublik ein rüder kapitalistischer Rückfall, bei dem mit den Menschen, ihren Lebens- und Arbeitsverhältnissen nur noch kalkulatorisch umgegangen wird, humane Sozialstaatlichkeit aber auf der Strecke bleibt.

Unter Druck steht insbesondere die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten. Überhaupt zeichnet sich ab, daß die Folgen der wirtschaftlichen Krise und der Arbeitslosigkeit überwiegend den Arbeitern und Angestellten sowie den aus dieser Schicht kommenden Rentnern aufgebürdet werden. Die Rentenversicherung ist - folgt man der fachlichen Berichterstattung und Diskussion - von Liquiditätsgefahren bedroht. Wir werden zusammen - vor allem mit den Tarifvertragsparteien und den Trägern der Rentenversicherung - die finanzielle Konsolidierung der Rentenversicherung zur sozialpoliti-



schen Hauptfrage machen. Auf die Alterssicherung der Arbeiter und Angestellten muß Verlaß sein. Stetigkeit ist erforderlich.

Die Finanzpolitik der gegenwärtigen Regierung, die in einem immer abenteuerlicher werdenden Rangieren von Defiziten zwischen den Zweigen der Sozialversicherung besteht, ist 1983 in der Sackgasse angelangt. Wenn nicht das ganze System in eine Krise mit Substanzverlust und Aufhebung sozialer Grundwerte geraten soll, muß mit einem solchen Defizite-Karussell Schluß sein. Sozialpolitik darf nicht zu einem Umbuchungskarussell und zu einem willkürlichen Herumschnippeln an den Gesetzen werden. Sie muß soziale Strukturpolitik sein, reformwillig und die Wandlung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse berücksichtigen.

Aufgabe und Ziel sind eindeutig: Die Zweige der sozialen Sicherung müssen auf finanziell stabilere Grundlagen gestellt, ihre Selbstbehauptungsfähigkeit, ihre finanzielle Vorausschau und Aktionsfähigkeit möglich gemacht werden. Die Kombination von laufenden und willkürlich anmutenden Staatseingriffen, wachsender Massenarbeitslosigkeit und Einnahmeabstieg im Schatten von Lohnpausen-Gerede führt zum Desaster.

Neben der Rentenversicherung müssen auch die Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit und der Krankenversicherungsträger stabilisiert werden.

Daß nur Arbeiter und Angestellte an den Kosten der Arbeitslosigkeit beteiligt werden, nur sie individuelle Beiträge leisten, gleichzeitig auch noch die wachsenden Staatszuschüsse für die Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit durch komplizierte Transaktionen von der Regierung immer mehr den übrigen Zweigen der Sozialversicherung aufgelastet werden, bringt das ganze Sozialsystem auf eine schiefe Ebene. Arbeiter und Angestellte werden einmal mit ihrem Arbeitsverdienst und zum anderen mit ihrer sozialen Sicherung betroffen.

Im übrigen hat die Art der Finanzierung der Bundesanstalt insbesondere in einer Periode der Hochtechnologie, der Roboter, der Mikroelektronik und der Rationalisierungsinvestitionen auch Einfluß auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit selbst. Es ist gar nicht mehr möglich, die Finanzfrage der Bundesanstalt tatenlos zur Seite zu schieben.

Auch die Finanzgrundlagen der Krankenversicherung müssen offen erörtert werden, zumal davon Leistungssicherheit und Qualität der Gesundheitssicherung abhängen. Unser Gesundheitssystem ist leistungsfähig, gerät aber immer mehr unter schweren Kosten- und Kassendruck.

Die gegenwärtige Bundesregierung will nach dem 6. März - ausgehend von ihren jüngsten Belastungen der Patienten - immer mehr zu einem System umfassender individueller Kostenbeteiligung im Krankheitsfall kommen. Das System würde damit aus dem sozialen Gleichgewicht geraten. Der Patient stünde unter wachsendem finanziellen Druck. Darüber muß heute gesprochen werden. Und Gleichgewicht heißt, daß die Anbieter von Gesundheitsleistungen - Arzthonorare, Kosten der pharmazeutischen Industrie und Krankenhäuser - zur dauerhaften Konsolidierung einer tatsächlich sozial bleibenden Krankenversicherung ihren Beitrag leisten müssen. In den Wahlaussagen der SPD heißt es: "Wir brauchen eine Reform der Gesundheitsleistungen."  
(-/18.1.1983/ks/ca)

+ + +



CDU/CSU-Polemik nicht entschuldbar

"Extremisten im öffentlichen Dienst" wieder CDU/CSU-Wahlkampfthema?

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Das Urteil des 2. Senats des Bundesarbeitsgerichts vom 5. August 1982 zur Verfassungstreuepflicht eines Lehrers im Vorbereitungsdienst hat in CDU/CSU-Kreisen Aufregung verursacht. So warf der CSU-Abgeordnete Regenspurger dem Gericht kürzlich vor, "mit Verfassung und Gesetz leichtfertig umzugehen". Der CDU-Abgeordnete Broll bezeichnete die Begründung des Urteils als "gefährlichen Weg".

Diese Aufregung ist angesichts des wirklichen Inhalts des Urteils unverständlich und nur so zu erklären, daß die CDU/CSU mit aller Gewalt das Extremistenthema wieder in den Wahlkampf ziehen will. Dieses Thema wurde zunächst mit der CDU/CSU/FDP-Koalitionsvereinbarung ausgeklammert - danach ist bis zum 1. April 1983 eine "Bestandsaufnahme über die Anwendung der Vorschriften des Grundgesetzes und der Beamtengesetze zur Verfassungstreue in der tatsächlichen Praxis von Bund und Ländern" vorzulegen. Offenbar fällt es aber einigen CDU/CSU-Politikern schwer, auf das seit über zehn Jahren nach ihrer Meinung bewährte Wahlkampfthema "Extremisten" ganz zu verzichten. Zum Anlaß der Polemik wird diesmal die Rechtsprechung genommen. Das genannte Urteil des Bundesarbeitsgerichts muß dazu ebenso herhalten wie das Urteil der 3. Kammer des Bundesdisziplinargerichts im Fall des Postamtmanns Hans Meister.

Worum geht es in dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts, gegen das sich die CDU/CSU-Kritik richtet?

Auf einen kurzen Nenner gebracht geht es darum, daß das Gericht einen praktikablen Weg zur Anwendung des vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsatzes sucht, daß für die Übernahme in den Vorbereitungsdienst eine "vorläufige Beurteilung" der Verfassungstreue ausreicht, weil die Verwaltung noch während des Vorbereitungsdienstes sich unmittelbar ein zuverlässiges Bild über den Bewerber machen kann. Das Bundesarbeitsgericht hat dem Rechnung getragen, in dem es für den Vorbereitungsdienst eine gleichsam neutrale Einstellung zu Staat und Verfassung genügen läßt. Wörtlich führt es dazu aus:

"Nach den Mindestvoraussetzungen an die Loyalitätspflicht, die von einem Lehramtsanwärter für den Vorbereitungsdienst zu erbringen sind, gehört nur, daß er gegenüber Staat und Verfassung eine gleichsam neutrale Haltung einnimmt, daß er gegebenenfalls die Grundwerte der Verfassung in dem durch das Bundesverfassungsgericht geprägten Verständnis nicht in Zweifel stellen wird und daß er nicht darauf ausgeht, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder gar zu beseitigen."

Neu an den Ausführungen des 2. Senats ist, daß die aktive Mitgliedschaft in der DKP allein nicht geeignet sein soll, "ernsthafte Zweifel an die vom Lehrer im Vor-



bereitungsdienst zu erbringende geringere Verfassungstreuepflicht zu begründen". Das Programm der DKP (und entsprechend das des MSB-Spartakus) habe zwar durch das Bekenntnis zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin und zur sozialen Revolution verfassungsfeindliche Elemente und Fernziele. Nach Auffassung des Gerichts dürfe aber nicht übersehen werden, daß die "tagespolitischen Nahziele dieser Organisationen sich in dem vom Grundgesetz abgesteckten Rahmen" bewegen. Dementsprechend könne auch - insbesondere unter Berücksichtigung der kurzen Ausbildungsdauer und der Kontroll- und Kündigungsmöglichkeiten während des Vorbereitungsdienstes - allein die aktive Mitgliedschaft bei der DKP (und dem MSB-Spartakus) ernsthafte Zweifel an der eingeschränkten Verfassungstreue nicht begründen.

Man kann sich sicher darüber streiten, inwieweit eine Unterteilung in verfassungsgemäße Nahziele und verfassungswidrige Fernziele der DKP politisch realistisch ist. In der Praxis gibt diese Formel jedenfalls Lehramtsanwärtern, die aktive DKP-Mitglieder sind, zu Recht grundsätzlich die Chance, den Vorbereitungsdienst abzuleisten.

Für die endgültige Übernahme in den Staatsdienst gelten dann allerdings, daran läßt das Bundesarbeitsgericht keinen Zweifel, strengere Maßstäbe.

Wenn der CSU-Abgeordnete Regenspürger die Frage aufwirft, ob dieses Urteil Ausfluß einer volksfrontgeneigten Personalpolitik ist, so will er damit natürlich in erster Linie die SPD treffen. Letztlich gefährdet er aber das Ansehen und die Unabhängigkeit der Rechtssprechung. Das steht im Widerspruch zu den sonstigen CDU/CSU-Reden, in denen ständig gefordert wird, das Ansehen des Rechts zu bewahren oder wieder herzustellen. Auch im Wahlkampf ist eine derartige Polemik gegenüber einem obersten Bundesgericht nicht entschuldbar.

(-/18.1.1983/ks/ca)

+ + +



Barzels Kontinuität

Der Bundesminister gefährdet die innerdeutschen Beziehungen

Von Hans Böhler MdB

Obmann der Arbeitsgruppe innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion

In diesen Tagen erweist sich mehr und mehr, was die Kohl/Genscher-Regierung unter Kontinuität versteht. Konrad Adenauer gab die jetzt von Dr. Barzel und Regierungssprecher Stolze in Interviewform aus der Mottenkiste westdeutscher Diplomatie hervorgekramte Linie vor, als er vor vielen Jahren erklärte: Warum soll ich zum Bäcker-  
gesellen gehen, wenn ich gleich zum Bäckermeister gehen kann.

Tatsächlich ist es schon ein starkes Stück, mit dem hier in Bonn auf Besuch weilenden sowjetischen Außenminister A.A. Gromyko über den Stand der innerdeutschen Beziehungen verhandeln und ihn anhalten zu wollen, sozusagen in unserem Auftrag bisher nicht gelöste Probleme mit der DDR auszuräumen.

Mit diesem unser Selbstbewußtsein beschämendes Ansinnen gibt diese Bundesregierung der Sowjetunion und der DDR zu erkennen, welchen geringen Wert die bestehenden Verträge für sie haben. Hier wird aufs Neue die Mißachtung des Grundlagenvertrages praktiziert und deutlich gesagt, was die Regierung Kohl von der im Grundlagenvertrag fixierten Anerkennung der Souveränität und der souveränen Gleichheit aller Staaten hält und wie sie am liebsten mit der DDR umspringen würde, ließe man sie mit ihren Sanktionskatalogen und Stufenplänen nur gewähren.

Die Beschönigungen des Herrn Stolze täuschen uns nicht. Anbiederung, Würdelosigkeit und Arroganz sind der Bundesrepublik Deutschland nicht angemessen. In der Ostpolitik brauchen wir wieder Berechenbarkeit, Respekt und Vertrauen. Eine Politik von vorgestern wird nur die Türen vollends zuschlagen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt und Helmut Schmidt Selbstverständnis und Selbstvertrauen gegenüber Ost und West entwickelt, die nun durch die jetzige Regierung zusehends verspielt werden. Es wird Zeit, daß die Übergangsregierung von einer handelnden Regierung abgelöst wird, die den Interessen der Deutschen dient.

(-/18.1.1983/ks/ca)

+ + +



Dollinger verletzt Amtseid

Tolerierung der Gurtmuffel schädigt die Allgemeinheit

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Bundesverkehrsminister Dollinger hat mit seinem Amtseid vor dem Deutschen Bundestag gelobt, "seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden."

Mit der Zurücknahme der Bußgeldregelung für Gurtmuffel verletzt Dollinger diesen Amtseid. Verstöße gegen die Gurtanlagepflicht haben weitreichende Folgen für die Allgemeinheit. Die Vorschrift dient nicht allein dem eigenen Schutz. Deshalb geht Dollingers "Freiheits-Philosophie" meilenweit an der Sache vorbei. Allein durch gezielte Aufklärungskampagnen und Appelle - dies haben in- und ausländische Erfahrungen gezeigt - ist keine ausreichende Anlegequote zu erreichen.

Die begrenzten Finanzmittel, die für die Verkehrsaufklärung und -erziehung bereitstehen, werden dann von den Gurtkampagnen aufgesogen. Für dringend notwendige Verkehrsaufklärungsthemen wie zum Beispiel "angepaßte Geschwindigkeit in Wohnstraßen" wird dann zu wenig Geld übrig bleiben. Damit werden weiterhin Fußgänger und Radfahrer, alte Menschen und Kinder Opfer der Unkenntnis, weil den Kraftfahrern die Gefahr zu hoher Geschwindigkeit nicht in dem erforderlichen Maße klargemacht werden kann.

Die Dollingersche "Freiheits-Philosophie" ist auch deswegen falsch, weil das erhöhte Risiko der Nichtgurtur, verletzt oder getötet zu werden, in seinen Auswirkungen auch von der Allgemeinheit mitgetragen werden muß. Unnötig hohe Beiträge für Autoversicherung, Krankenkasse und Rentenversicherung sind Unfallfolgekosten der Gurtmuffel. Dabei geht es um einzusparende Aufwendungen in einer Größenordnung von jährlich cirka zwei Milliarden DM.

In einer Information der deutschen Autoversicherer heißt es: "Der Leichtsinne der Gurtmuffel kostet alle Autofahrer Jahr für Jahr einige 100 Millionen DM, die sich in den Beiträgen für die Autoversicherung niederschlagen. Im Hinblick auf die geplante Einführung eines Bußgeldes bei Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes und der damit zu erwartenden Verbesserung der Anlegequote wird für 1983 keine Beitragsänderung der Autohaftpflicht beantragt."

Dollingers Bonus für die Gurtmuffel bedeutet nun unnötig hohe Kosten für uns alle!

Gurtmuffel, die bei einem Unfall deshalb verletzt werden, weil sie nicht angeschnallt waren, schaden nicht nur sich selbst, sondern auch ihrem Unfallgegner, falls dieser Unfallverursacher war, denn ohne Personenschaden hätte dieser lediglich ein Ordnungswidrigkeitsverfahren zu erwarten gehabt. Durch die Verletzung infolge Nichtangurtens erwartet den Unfallverursacher jedoch eine Gerichtsverhandlung wegen fahrlässiger Körperverletzung; in der Regel eine höhere Strafe und mehr Flensburger Strafpunkte.

Dies ist nur ein Ausschnitt aus einer ganzen Palette von Argumenten, die unterstreichen, daß ein großes gesellschaftspolitisches Interesse an der Gurtanlagepflicht besteht. Dies alles wird nun negiert durch die Entscheidung von Bundesverkehrsminister Dollinger. Ich werde den Eindruck nicht los, daß hier aus wahltaktischen Gründen unnötig hohe Opfer im Straßenverkehr in Kauf genommen werden. Für diese zusätzlichen Opfer an menschlichen Leben und Leid sowie unnötig hohen materiellen Opfern hat Verkehrsminister Dollinger politische Verantwortung zu tragen!

(-/18.1.1983/ks/ca)

+ + +



**Fortsetzung der Gemeindefinanzreform wohin?**  
-----

**Neue Angriffe auf die Finanzhoheit der Gemeinden**

Von Dr. Peter Struck MdB

Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Großen Grund zur Sorge haben die Stadt- und Gemeindekämmerer in der Bundesrepublik, nachdem erneut aus den Reihen der Bundesregierung die Gemeindefinanzen ins Gerede gekommen sind. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Waffenschmidt hat nämlich als Ziel der Bundesregierung im "Deutschland-Uniondienst" für das Jahr 1983 eine Fortführung der Gemeindefinanzreform angekündigt.

Dies ist ein bemerkenswerter Vorgang, denn für das Thema Gemeindefinanzen ist Herr Waffenschmidt überhaupt nicht zuständig! Verantwortlicher Minister dafür ist der Finanzminister, der bisher ganz andere Töne anschlug. Auf entsprechende Fragen im Plenum und im Finanzausschuß hat Herr Stoltenberg immer ausweichend reagiert und die Fortführung der Gemeindefinanzreform als eine sehr schwierige Sache bezeichnet.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den von der neuen Koalition durchgesetzten Abbau der Gewerbesteuer ohne ausreichenden Ersatz für die Gemeinden als einen Angriff auf die Finanzhoheit und die Finanzkraft der Gemeinden bezeichnet, die allen Bekenntnissen zur Stärkung der Gemeinden zuwiderlaufen.

Die Kritik der SPD an diesem Teil des Haushaltsbegleitgesetzes wird durch die jüngste Pressekonferenz des Deutschen Städtetages bekräftigt. Die Finanzlage der Städte und Gemeinden ist so schlimm wie nie.

Die Gemeindefinanzen sind ein zu sensibles Thema, als daß man es unzuständigen Parlamentarischen Staatssekretären überlassen könnte.

Ich habe deshalb an die Bundesregierung folgende schriftliche Fragen gerichtet, mit denen er Aufklärung in diesen Vorgang bringen will:

1. Was versteht die Bundesregierung unter der Fortführung der Gemeindefinanzreform im Jahre 1983, wie es der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, als Ziel der Bundesregierung formuliert hat?
2. Mit welchen gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes will die Bundesregierung dieses Ziel erreichen und gehört dazu auch der weitere Abbau der Gewerbesteuer?

Die SPD erwartet, daß die Bundesregierung noch vor der Wahl den Gemeinden klar sagt, ob und gegebenenfalls wie sie eine Gemeindefinanzreform durchführen will!

(-/18.1.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

